

Der Krieg gegen die Ukraine

Friedensethische Orientierung und Dilemmata

Martina Fischer

Zerstörte Städte, unzählige Tote, verletzte und vertriebene Menschen, überschwemmte Wohngebiete sowie massive Kriegsverbrechen: Das sind die Folgen des Angriffs der russischen Regierung auf die Ukraine. Schon die Kämpfe um die Ostukraine und die Annexion der Krim 2014 hatten mehr als 14.000 Tote gefordert. Seit dem 24. Februar 2022 wurden nach Angaben der Vereinten Nationen mindestens 9.000 ukrainische Zivilist:innen getötet.¹ Es wird geschätzt, dass die Zahl der getöteten und verwundeten Soldat:innen auf beiden Seiten in die Hunderttausende geht.² Ein Ende der Kämpfe ist vorerst nicht in Sicht. Deren Brutalität macht fassungslos und unendlich wütend. Es versteht sich von selbst, dass man allen, die sie erleiden oder sich davor in Sicherheit bringen wollen, beistehen muss. Zahlreiche Menschen in Europa engagieren sich in der humanitären Hilfe und in der Versorgung von Geflüchteten. Zur Frage, wie weit die Solidarität darüber hinaus gehen kann, gibt es jedoch unterschiedliche Einschätzungen. Es handelt sich um einen völkerrechtswidrigen und imperialen Angriffskrieg. Opfer und Täter können klar benannt werden, und das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine steht außer Frage. Dennoch kommen Menschen im Hinblick auf die militärische Unterstützung zu unterschiedlichen Schlüssen. Das gilt auch für die Forderung nach diplomatischen Initiativen, um auf eine Beendigung des Krieges hinzuwirken. In Deutschland gibt es zu diesen Themen heftige Kontroversen,

-
- 1 Angaben des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte für den Zeitraum 24.2.22 bis 16.7.23, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1297855/umfrage/anzahl-der-zivilen-opfer-durch-ukraine-krieg/>
 - 2 Diese Angaben finden sich in den kürzlich geleakten Pentagon-Dokumenten: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/pentagon-leaks-usa-verluste-ukraine-krieg-russland-100.html>

auch unter Christ:innen.³ Auf der Suche nach Orientierung stößt man auf Dilemmata, die es auszuhalten und zu diskutieren gilt.

Der vorliegende Beitrag skizziert aktuelle Debatten und gibt Empfehlungen dafür, in welche Richtung die Friedensethik vor dem Hintergrund des Kriegs gegen die Ukraine, aber auch mit Blick auf das weltweite Konfliktgeschehen, weiterentwickelt werden könnte. Der Text entspringt der Perspektive einer Autorin, die einige Jahrzehnte in der Friedensforschung tätig war, aktuell für das entwicklungspolitische Hilfswerk *Brot für die Welt* arbeitet und die evangelische Friedensarbeit aktiv unterstützt.

Suche nach Orientierung und friedensethische Dilemmata

Nach dem 24. Februar 2022 konzentrierte sich die friedensethische Debatte in Deutschland vor allem auf die Waffenlieferungen für die Ukraine. Es gab Befürworter:innen, die dies im Sinne der rechtserhaltenden Gewalt als »ultima ratio« für legitim hielten, und Menschen, die dies aus pazifistischer Überzeugung ablehnten. Die erste Argumentationslinie findet sich in den Stellungnahmen der EKD-Ratsvorsitzenden Annette Kurschus (bis November 2023 Ratsvorsitzende der EKD) sowie ihrer Vorgänger, Heinrich Bedford-Strohm und Wolfgang Huber.⁴ Für die zweite Linie stehen die Predigten des Friedensbeauftragten Friedrich Kramer und von Margot Käßmann.⁵ Daneben gibt es Stimmen, die eine »Verpflichtung zur militärischen Unterstützung« in den friedensethischen Grundlagen verankern und dementsprechend den Kriterienkatalog der EKD-Denkschrift 2007 erweitern möchten (Ev. Militärseelsorge⁶).

Die Normen und Kriterien, die von der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Denkschrift *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden handeln* (EKD 2007)⁷ beschrieben wurden, bieten allerdings auch in der aktuellen Si-

3 Vgl. dazu die Übersicht von Hoppe, Die Kirchen und der Krieg; Frey, Die friedensethischen Kontroversen; Kramer, Bericht über die Friedensarbeit in der EKD; Rat der EKD, Bericht des Rates der EKD in Deutschland 2022.

4 Kurschus, Was liegt jenseits von Eden?; Bedford-Strohm, Gerechter Friede und militärische Gewalt.

5 Kramer, Bericht über die Friedensarbeit in der EKD; ZEIT online.de, »Käßmann spricht sich für Waffenstillstand in der Ukraine aus.«

6 Evangelische Militärseelsorge, Maß des Möglichen.

7 EKD, Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen.

tuation weiterhin eine wichtige Orientierung. Deren Vision von Frieden stützt sich auf die Kategorien »Recht und Gerechtigkeit«, sowie auf die Konzepte der »Menschlichen Sicherheit« und der »Menschlichen Entwicklung«, die von der *Generalversammlung der Vereinten Nationen* mitgetragen werden. Gerechtigkeit wird als »Kategorie einer sozialen Praxis der Solidarität« verstanden, »die sich vorrangig den Schwachen und Benachteiligten zuwendet und sich im Gebot der Nächsten- und Feindesliebe erfüllt.«⁸ Frieden definiert die Schrift als »gesellschaftlichen Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit« (im Sinne von politischer und sozialer Gerechtigkeit) und die globale Friedensordnung wird als »Rechtsordnung« verstanden.⁹ Daraus ergibt sich als politische Aufgabe die Stärkung der *Vereinten Nationen* und ihrer Regionalorganisationen sowie der OSZE und der EU. Auch die Rolle der Bundeswehr in der Landes- und Bündnisverteidigung und in internationalen Missionen wird ausführlich thematisiert. Die EKD-Denkschrift fordert vor allem den verstärkten Ausbau der internationalen Instrumente und Institutionen, die einen Beitrag zur Prävention gewaltsamer Konflikte und zur Bewältigung von Gewaltursachen leisten. Dem Ausbau von Instrumenten für *zivile bzw. konstruktive Konfliktbearbeitung* wird Vorrang eingeräumt, aber die Denkschrift erlaubt auch den Einsatz militärischer Mittel – in sehr engen Grenzen und unter bestimmten Bedingungen, wenn alle zivilen Mittel ausgeschöpft wurden, und wiederum im Rahmen des Völkerrechts.¹⁰

Rechterhaltende Gewalt als Ausnahme – mit strengen Kriterien

Aus den früheren Lehren vom »Gerechten Krieg«, die auf die Disziplinierung der Bereitschaft zum Krieg zielten, hat die evangelische Friedensethik Prüfkriterien übernommen, die auch weiterhin beachtet werden müssen:

Gibt es für die Anwendung von Gewalt einen hinreichenden Grund? Wurden gewaltfreie Ansätze ausgeschöpft? Sind diejenigen, die zur Gewalt greifen, dazu ausreichend legitimiert? Verfolgen sie ein verantwortbares Ziel? Beantworten sie ein eingetretenes Übel nicht mit einem noch größeren Übel? Gibt

8 Ebd., 53.

9 Ebd., 58.

10 Ebd., 94.

es eine Aussicht auf Erfolg? Wird die Verhältnismäßigkeit der Mittel und der Folgen bedacht und gewahrt? Bleiben Unschuldige verschont?¹¹

Aber auch in Fällen, in denen alle Kriterien erfüllt zu sein scheinen, könne man nicht von einer »Rechtfertigung« des Gewaltgebrauchs sprechen, legt die Denkschrift fest, denn: »In Situationen, in denen die Verantwortung für eigenes oder fremdes Leben zu einem Handeln nötigt, durch das zugleich Leben bedroht oder vernichtet wird, kann keine noch so sorgfältige Güterabwägung von dem Risiko des Schuldigwerdens befreien.«¹²

Wenn ein Staat von einem anderen völkerrechtswidrig angegriffen wird, darf er sich nach den in der Denkschrift dargelegten Normen der rechtserhaltenden Gewalt verteidigen und man darf ihn sowohl mit humanitären als auch mit militärischen Mitteln unterstützen. Aber auch wenn ein Erlaubnisgrund, eine Autorisierung und eine legitime Absicht vorliegen, muss man die Erfolgsaussichten prüfen und klären, ob damit eine Beendigung der Gewalt in Aussicht gestellt werden kann. Zudem muss man die *Verhältnismäßigkeit der Mittel und der Folgen prüfen*, also nach der Dauer, Intensität und möglichen Wirkung der eingesetzten Mittel fragen. Damit verknüpft sich die Frage, ob sich die Gewalt im Zuge der Unterstützung ausweiten oder entgrenzen kann. Ehemalige Bundeswehrkommandeure und sicherheitspolitische Expert:innen aus US-amerikanischen und deutschen Thinktanks weisen darauf hin, dass die Gefahr einer Eskalation im Ukrainekrieg sehr real ist und auf keinen Fall unterschätzt werden darf.¹³ Einige Studien kommen zu dem Schluss, dass das Risiko einer Entgrenzung und atomaren Eskalation steigt, je länger der Krieg andauert. Zugleich kann niemand genau bestimmen, wo die rote Linie verläuft, die den Aggressor zu noch brutaleren Zerstörungen und schließlich zum Einsatz von Atomwaffen verleitet. Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel und Folgen lässt sich also nicht eindeutig beantworten und ist Teil eines friedensethischen Dilemmas.

11 Vgl. die Kriterien einer Ethik rechtserhaltender Gewalt, in: Aus Gottes Frieden leben, 68f.

12 Ebd., 70.

13 Charap, An Unwinnable War; Charap/Priebe, Avoiding a long War; Deibel/Wulf, Eskalation und Deeskalation; Ganser, Perspektiven im Ukraine-Krieg; Rudolf, Anmerkungen zu den Szenarien einer Kriegsbeendigung.

Gewaltfreiheit versus Militärhilfe – friedensethische Dilemmata

Tatsächlich müssen Befürworter:innen und Gegner:innen militärischer Unterstützung »zu Ende denken, was sie voraussetzen und vertreten«, beide »müssen ihre Dilemmata offenlegen«, denn das gehöre zur evangelischen Friedensethik, meint Renke Brahms, ehemaliger EKD-Friedensbeauftragter:

»Die eine Position, die den Einsatz militärischer Gewalt in Form der Sanktionen und der Waffenlieferungen zulässt, muss mit den Folgen eskalierender Gewalt und vielen Toten umgehen, die ein solcher Einsatz unweigerlich mit sich bringt. Die andere Position muss damit umgehen, dass sich z.B. im aktuellen Fall das Volk der Ukraine ohne eine weitere Stärkung ihrer Verteidigungskräfte letzten Endes ergeben und unter dem mindestens zeitweiligen Diktat Russlands leben müsste, um dann zu versuchen, mit zivilem Widerstand die Situation zu verändern. Beide Wege können gelingen. Beide Wege können scheitern.«¹⁴

Ein Dilemma bezeichnet eine Zwickmühle, also eine Ausgangslage, die zwei Möglichkeiten der Entscheidung bietet, die beide zu einem unerwünschten Resultat führen. Man muss sich in solchen Situationen verhalten, kann den Zielkonflikt jedoch nicht einfach auflösen. Jede Handlung orientiert sich an Prognosen über zu erwartende Wirkungen, die aber vorab nicht präzise beurteilt werden können. Das Handeln wird von Annahmen geleitet, die von unterschiedlichen Welt- und Menschenbildern geprägt sind. Es basiert auf Wahrscheinlichkeitsaussagen über die Verhaltensweisen anderer. Kein noch so ausgefeilter friedensethischer Grundlagentext kann für alle Eventualitäten Handlungsrezepte bereithalten, die eindeutige Empfehlungen für die Entscheidung in solch schwierigen Lagen geben. Und er kann auch nicht von Schuld und Verantwortung befreien.

Die Gegner:innen der militärischen Unterstützung müssen mit der Schuld leben, dass in Folge unterlassener Hilfeleistung Menschen sterben. Die Befürworter:innen müssen mit der Schuld leben, dass die gelieferten Waffen töten, einen Krieg verlängern, in andere Gebiete weiterwandern und/oder die Eskalationsgefahr erhöhen. Die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus betonte zudem die Pflicht, immer »den Status quo und das scheinbar Selbstverständliche« zu hinterfragen: In der gegenwärtigen Situation, »die ganz auf

14 Brahms, Christliche Friedensethik.

das Recht auf Selbstverteidigung fixiert« sei, müsse man auch nach den Grenzen dieses Rechts fragen, »nach den Grenzen rein militärischer Gewinn- und Verlust-Rechnungen und auch nach den Grenzen legitimer Nothilfe.« In ihren Augen »führt der Einsatz von Massenvernichtungswaffen den Gedanken der Selbstverteidigung ad absurdum und stellt somit eine ultimative Grenze für jede Nothilfe dar.«¹⁵

Die Frage nach Deeskalation und Beendigung des Kriegs – Polarisierung überwinden¹⁶

Zum Jahrestag des Angriffs im Frühjahr 2023 wurden verstärkt Fragen nach den Zielen und Erfolgsaussichten der militärischen Unterstützung gestellt und Perspektiven für eine Deeskalation und Beendigung des Kriegs erörtert. Die Bruchlinien verlaufen seither nicht mehr allein zwischen »Pazifist:innen« und Befürworter:innen militärischer Unterstützung, sondern durchziehen zunehmend auch die letztgenannte Gruppe.

Die Mehrheit der politisch Verantwortlichen in den NATO- und EU-Mitgliedsländern hatte Waffenlieferungen seit dem 24.2.2022 für alternativlos erklärt, mit der Begründung, man wolle der Ukraine durch militärische Erfolge und Gebietsrückeroberungen eine gute Verhandlungsposition gegenüber Russland verschaffen. Dann hatte sich auch die ukrainische Regierung von dem zunächst verhandlungsbereiten Kurs, den sie im März 2022 eingeschlagen hatte, verabschiedet und verkündet, man wolle bis zum Sieg weiterkämpfen und den Status quo der Vorkriegszeit vor 2014, unter Einschluss der Krim, wiederherstellen.¹⁷ Teile der US-Administration unterstützten diese Ziele.¹⁸ In Berlin hörte man im politischen Diskurs abwechselnd die Ansage, die Ukraine dürfe den »Krieg nicht verlieren«, und den Wunsch, sie müsse den »Krieg gewinnen«.¹⁹ Insgesamt blieben (und bleiben) die Zielsetzungen

15 Kurschus, Was liegt jenseits von Eden?

16 In den Abschnitten 2 und 3 sind einige Überlegungen enthalten, die in einem Beitrag für die *Bundeszentrale für Politische Bildung* ausgearbeitet wurden: Fischer, Wie kann man den Krieg deeskalieren und beenden?

17 Vgl. die Rede von Präsident Selenskij beim ukrainischen Unabhängigkeitstag 2022: <https://www.ardmediathek.de/video/phoenix-vor-ort/praesident-selenskyj-zum-angriff-phoenix/Y3jpZDovL3Bob2VuaXguZGUvMjUyMDcoMw>

18 Vgl. dazu: Richard, Ukraine: Was wollen die USA?

19 Zur Problematik dieses Diskurses vgl. Habermas, Ein Plädoyer für Verhandlungen.

der militärischen Unterstützung im Ungewissen, wie Samuel Charap, Politikanalyst bei der RAND-Corporation, zutreffend bemerkte.²⁰ Seit Ende 2022 sprechen prominente Militärexpert:innen, darunter der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte Marc A. Milley, von einer militärischen Pattsituation, die einen langjährigen, verlustreichen Stellungskrieg erwarten lasse, den weder Russland noch die Ukraine entscheiden könnten. Auch in Deutschland wurde diese Einschätzung von namhaften Militärfachleuten geteilt.²¹ Auch die umfassenden Sanktionen in den Bereichen Finanzen, Wirtschaft und Technologie, zweifellos weiterhin erforderlich, um Druck auf Russland auszuüben, konnten das Putin-Regime bislang noch nicht zum Einlenken bewegen. Sanktionsexpert:innen sagen daher ebenfalls einen langjährigen Krieg voraus.²²

Angesichts dieser Situation fragten sich immer mehr Menschen – auch jenseits des »pazifistischen« Spektrums –, ob ein Mehr an Waffen und eine Fortsetzung des Kriegs auf unbestimmte Zeit die Aussichten für einen »gerechten Frieden« erhöht und ob man weitere Opfer in Kauf nehmen soll. Zum Jahrestag des Angriffs im Februar 2023 häuften sich Solidaritätsbekundungen (auch aus dem christlichen Kontext, z.B. dem ökumenischen Netzwerk *Church and Peace*, der *Evangelischen Friedensarbeit* und den Landeskirchen) und zugleich auch Friedensappelle aus unterschiedlichen politischen Spektren und der säkularen Friedensbewegung. Einige ließen leider die klare Aufforderung an die russische Führung, die Truppen aus der Ukraine zurückzurufen, vermissen. Aber manche plädierten auch mit guten Argumenten für friedenslogische Sichtweisen und für eine langfristige kooperative Sicherheitspolitik. Das Plädoyer für mehr Diplomatie und Vorbereitung von Verhandlungen wurde im politischen Diskurs allerdings oft mit dem Hinweis, die Voraussetzungen dafür seien bis auf Weiteres nicht gegeben, pauschal zurückgewiesen, wie

20 Charap, An Unwinnable War.

21 Vgl. Ganser, Perspektiven im Ukraine-Krieg.

22 Der US-Reporter Evan Gershkovich wies Einbußen in der Wirtschaftskraft nach: Gershkovich/Kantchev, Russlands Wirtschaft, in: Die Zeit, 5.4.2023, 19, <https://www.zeit.de/2023/15/russland-wirtschaft-energie-export-inflation>; einige Sanktionsexperten gehen davon aus, dass dem System längerfristig Ressourcen entzogen würden, was die Kriegführung – langfristig – erschwerte, z.B. Janis Kluge u.a. von der *Stiftung Wissenschaft und Politik*: Fischer u.a., Was die Aussicht auf einen längeren Krieg, <https://www.swp-berlin.org/en/publication/was-die-aussicht-auf-einen-laengeren-krieg-fuer-russland-die-ukraine-und-belarus-bedeutet>

Wolfgang Ischinger beklagte.²³ Wer Verhandlungen forderte, riskierte den Vorwurf, die Interessen der Ukraine zu verraten.

In diesem Diskurs setzten Repräsentant:innen der evangelischen und katholischen Kirche klare Signale: Annette Kurschus betonte in ihrer Osterbotschaft 2023: »[...] dennoch dürfen wir als Christen zu keiner Zeit sagen, es kann keine Gespräche geben.«²⁴ Verhandlungen auf Augenhöhe ergäben sich nicht von selbst, man müsse sich aktiv darum bemühen, meinte Kurschus, und: »Ich weigere mich, den Ruf nach Verhandlungen als zynisch und naiv abzutun.«²⁵ Kardinal Reinhard Marx (2022) kam zu dem Schluss:

»Man sagt jetzt oft, die Ukraine allein entscheidet, wann der Krieg zu Ende geht. Aber ich denke, das ist ein bisschen zu kurz gegriffen. Wenn wir Waffen liefern, haben wir auch eine Verantwortung, denn mit unseren Waffen werden Menschen getötet. Deswegen gibt es auch eine Verantwortung, alles zu tun, um diesen Krieg zu beenden.«²⁶

Bei jedem Schritt müsse man sich fragen, was die Ziele sind und ob man diese erreichen könne.

»Bei der Münchner Sicherheitskonferenz hörte man: Wir stehen an Eurer Seite, ›whatever it takes‹. Was soll das bedeuten? Dass immer noch mehr Waffen oder irgendwann auch Soldaten geschickt werden? Alle sagen, wir wollen keine Kriegspartei sein, es heißt, am Ende will man keinen sogenannten Dritten Weltkrieg. Dann muss man Szenarien entwickeln (und sagen), was denn das Ende sein könnte.«²⁷

Die Rhetorik von Sieg und Niederlage helfe nicht weiter, meint Marx, sondern heize die Eskalation an. Die politisch Verantwortlichen müssten dem Einhalt gebieten und vermeiden, dass wir »einen Krieg führen, der einen dritten Weltkrieg heraufbeschwört. Wenn man das nicht will, muss man jetzt Szenarien

23 Ischinger, Raus aus der Schockstarre.

24 Main, EKD-Ratsvorsitzende Kurschus: »Ostern ist Widerstand und Widerspruch«.

25 Kurschus-Interview in ZDF heute, 6.4.2023: »Friedensappell keine »senile Idee«, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ekd-chefin-friedensappell-kritik-ukraine-krieg-russland-100.html>

26 Marx, Interview der Woche.

27 Ebd.

entwickeln, um das zu beenden.«²⁸ Gerade weil man Waffen liefere, stehe man in der Pflicht, dies fortlaufend auf Verhältnismäßigkeit und Eskalationsrisiken hin zu prüfen und nach einer »Exit-Strategie« zu suchen.

Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten

Den Aufruf »Suche den Frieden und jage ihm nach« (Psalm 34,15) muss man auch in der gegenwärtigen Situation ernstnehmen. »Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten«, ist einer der wesentlichen Grundsätze der EKD-Denkschrift von 2007. Die Forderung, auch angesichts eines ungerechten Kriegs nach Möglichkeiten des Friedens zu suchen, wurde von der Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten in den Erklärungen zum Krieg Russlands gegen die Ukraine formuliert.²⁹ Auch der *Ökumenische Rat der Kirchen* (ÖRK) hat in seinen Erklärungen 2022 wiederholt dazu aufgerufen.³⁰ Inzwischen gibt es auch in politischen und akademischen Thinktanks zunehmend Stimmen, die empfehlen, auf eine Waffenruhe hinzuarbeiten, um so den Weg für ein Waffenstillstandsabkommen – mit der Aussicht auf spätere politische Verhandlungen – zu ebnen. In einigen amerikanischen und europäischen wissenschaftlichen Einrichtungen hat sich eine Argumentationslinie etabliert, die weiterhin auf Unterstützung für die Ukraine mit Waffen und Sanktionen setzt, aber gleichzeitig fordert, sich umgehend auf mögliche Verhandlungen vorzubereiten³¹ und dafür juristisch belastbare Konzepte auszuarbeiten.³² Diese Vorschläge sind einleuchtend, denn nur so kann ein Möglichkeitsfenster – von dem man noch nicht sagen kann, wann es sich abzeichnet – tatsächlich genutzt werden.

Die genannten Expert:innen unterscheiden klar zwischen dem Ziel eines Waffenstillstands (als erster Schritt) und späteren Friedensverhandlungen (in denen kontroverse politischen Themen behandelt werden). Einige weisen darauf hin, dass eine Beendigung dieses Kriegs nicht bilateral, also zwischen

28 Ebd.

29 Die Erklärung der UN-Generalversammlung vom März 2022 fordert »die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel« (siehe Abs. 14/15), www.un.org/depts/german/gv-notsondert/a-es11-1.pdf

30 ÖRK, Was zum Frieden dient; ÖRK, Erklärung Krieg in der Ukraine.

31 Siehe: Charap, An Unwinnable War; Charap, Avoiding a Long War.

32 Ischinger, Raus aus der Schockstarre.

Russland und der Ukraine, sondern nur im Rahmen der Neuordnung einer europäischen Sicherheitsstruktur erfolgen kann. Manche heben die besondere Bedeutung der USA (u.a. im Hinblick auf Sicherheitsgarantien) hervor und meinen, dass auch der übergeordnete Konflikt zwischen Russland und der NATO reflektiert und bearbeitet werden muss. Andere plädieren dafür, die Länder des Globalen Südens einzubeziehen, und weisen den Vereinten Nationen in der Vermittlung und Ausarbeitung eines Waffenstillstands eine starke Rolle zu.

Ein Waffenstillstand wäre der erste Schritt, meint auch der Bochumer Völkerrechtler Hans-Joachim Heintze³³, getragen von kluger Diplomatie und der Einsicht, dass eine Lösung der Grundfragen des Konflikts im Augenblick nicht erreicht und allenfalls in einem längerfristigen Prozess für einen Verhandlungsfrieden durch dritte Parteien vermittelt werden könne. Es brauche eine breite Basis von Staaten, die einen solchen Prozess begleiten, ähnlich wie beim Abkommen von Dayton (1995) zur Beendigung des Kriegs im westlichen Balkan. Man müsste über Sicherheitsgarantien, die Möglichkeiten von Nicht-paktgebundenheit, den Status von Gebietsteilen, Autonomieregelungen und Referenden, Reparationen und Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen sprechen. Das umfasst also »ein Programm, das einen langen Atem und auch Kooperationsbereitschaft im Interesse der Bearbeitung globaler Probleme voraussetzt.«³⁴ Die »Fixierung der westlichen Politik« auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine sei als »Schockreaktion verständlich«, müsse aber im Interesse der Bearbeitung globaler Probleme überwunden werden. Er plädiert für ein »Völkerrecht der Solidarität, das die Zusammenarbeit der Staaten bei der Bearbeitung globaler Herausforderungen wie des Klimawandels, des Umweltschutzes, der Pandemien, der Nutzung der Weltmeere, des Weltraums etc. regelt.« Ohne die Großmächte sei das undenkbar, deshalb müsse Russland perspektivisch auch ein Weg zur Rückkehr in die Weltpolitik eröffnet werden.³⁵

33 Heintze, Optionen eines Verhandlungsfriedens.

34 Ebd., 53.

35 Siehe: Ebd., 51.

Multilaterale Ansätze, die die Länder des globalen Südens einbeziehen

Wichtig ist vor allem der Blick auf den Globalen Süden, meint die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan, ehemalige Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und Vorsitzende der Grundwertekommission der SPD.³⁶ Sie plädiert dafür, Friedensinitiativen für die Ukraine unbedingt multilateral zu entwickeln. Man müsse sich darum bemühen, auf internationaler Ebene Partner für eine Deeskalation des Kriegs und für die Verurteilung der russischen Aggression zu gewinnen. Das berühre unmittelbar die Interessen Russlands, das weltweit, vor allem in Afrika, seinen Einfluss wahren und ausbauen möchte. Dass der amerikanische Präsident auf den Wunsch afrikanischer Staaten, im UN-Sicherheitsrat vertreten zu sein, eingehe, sei ein wichtiges Signal. Russland weiche aus und verliere dadurch an Glaubwürdigkeit. Die öffentliche Unterstützung afrikanischer Beteiligung bilde eine klare politische Botschaft an die afrikanischen Partner. Eine erneute Verschärfung der EU-Flüchtlingspolitik, die Afrika zu einem Erfüllungsgehilfen für den Ausbau der »Festung Europa« machen will, laufe Strategien zur Einbindung des Globalen Südens eher zuwider. Eine solche Politik sei »verantwortungslos und kurz-sichtig« – hier müsse auch »die deutsche Außenpolitik viel mehr Kompetenz und Ideen investieren.«³⁷

Ähnlich wie der Völkerrechtler Ulrich Fastenrath³⁸ empfiehlt Schwan Initiativen im Rahmen der UN, unter anderem prominent besetzte Kommissionen, vor denen Putin seine Aggression rechtfertigen müsse. Auch die Entscheidung der UN-Vollversammlung, jedes Veto im UN-Sicherheitsrat in einer gesondert einberufenen Sitzung der Versammlung weltöffentlich zur Diskussion zu stellen, weise in die richtige Richtung. Bisher könne der Kreml die Belastungen durch das westliche koloniale und neokoloniale Erbe in Afrika für sich ausnutzen, dem müsse man entgegenwirken:

»In dem Maß, wie der Westen mit konstruktiven und partnerschaftlichen Kooperationsangeboten kontert, wird das russische (und auch das chinesische) Schwert stumpf. Das müssen wir erreichen, um Russland in seinem eigenen

36 Schwan, Mehr als Aufrüstung.

37 Schwan, Ein Weg zum Frieden.

38 Fastenrath, Wo bleiben die Vereinten Nationen?

Interesse an imperialer Macht schrittweise durch multilaterale Abmachungen [...] zur Reduktion und Einstellung der Kämpfe in der Ukraine zu bewegen. Im globalen Süden will Putin sein Gesicht nämlich nicht verlieren.«³⁹

Das in der EKD-Denkschrift 2007 entwickelte Leitbild des »gerechten Friedens« ist also aktueller denn je und fordert auch zu einer veränderten Politik auf globaler Ebene auf.

Aufgaben für die Weiterentwicklung friedensethischer Grundlagen

Wie Renke Brahms kürzlich vor der pfälzischen Synode konstatierte, geht es darum, »die Friedensethik des gerechten Friedens auf die konkrete Situation zu beziehen und dabei entstehende Fragen zu identifizieren und zu bearbeiten.«⁴⁰ Heinrich Bedford-Strohm, seit 2022 Vorsitzender des Zentralausschusses des *Ökumenischen Rats der Kirchen*, schlug vor, »die in der ökumenischen Friedensethik stark gemachte *responsibility to prevent*, die mit guten Gründen der Gewaltfreiheit einen besonderen Rang einräumte«, durch eine sicherheitspolitische Komponente zu ergänzen und das gleichzeitig mit abrüstungspolitischen Strategien zu verknüpfen. Er warnte:

»Gerade jetzt ist die Gefahr groß, dass durch die Ereignisse in der Ukraine eine Aufrüstungsspirale in Gang gesetzt wird, die keinerlei ethische Rechtfertigung hätte. Das gilt ganz sicher für den nuklearen Bereich. Bei je rund 6000 nuklearen Sprengköpfen sowohl auf Seiten des westlichen Bündnisses als auch auf Seiten Russlands gibt es auch nach dem Angriff auf die Ukraine keinerlei überzeugende Argumente gegen deutliche Abrüstungsschritte inklusive entsprechender einseitiger Schritte.«⁴¹

Auch für die Rüstungsetats der NATO-Mitgliedstaaten gelte die »Notwendigkeit und Möglichkeit« zur Abrüstung, denn die Militärausgaben Russlands lägen weit unter den Etats der NATO-Mitgliedstaaten. Hier verweist Bedford-Strohm auf die Befunde des *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI), die für die USA das größte Rüstungsbudget ausweisen (die Zahlen beziehen sich auf 2020): 778 Mrd. Dollar stünden einem Haushalt von 61 Mrd. Dollar

39 Fischer, Wie ist dieser Krieg zu deeskalieren und zu beenden?, Teil 2.

40 Brahms, Christliche Friedensethik, 4.

41 Bedford-Strohm, Gerechter Friede und militärische Gewalt, 16.

in Russland gegenüber. Bei der Reaktion des Westens auf den Angriff auf die Ukraine dürfe es folglich »nicht um mehr Geld für Rüstung gehen«, sondern es sei mehr friedens- und sicherheitspolitische Intelligenz vonnöten:

»Ein 100 Milliarden Sondervermögen für die Ausstattung der Bundeswehr kann so lange keine ethische Billigung erfahren, als es nicht als notwendige Konsequenz solcher friedens- und sicherheitspolitischer Intelligenz erkennbar wird. Einstweilen deutet viel darauf hin, dass viele Probleme mangelnder Ausrüstungsqualität in der Bundeswehr weniger im Mangel an Geld begründet liegen als in seiner effektiven Verwendung.«⁴²

Die Fragwürdigkeit der geplanten hohen Summen für militärische Mittel, so Bedford-Strohm, werde noch erhöht durch die »drastische Unterfinanzierung ziviler Möglichkeiten menschliches Leben zu retten.« Täglich würden etwa 20.000 Menschen sterben, weil sie nicht genug Nahrung oder Medizin erhalten, obwohl man nach Schätzungen von Hilfsorganisationen den Hunger weltweit mit einer zusätzlichen Investition von etwa 39 bis 50 Mrd. Dollar jährlich beseitigen könnte. Bedford-Strohm wertete das als »moralischen Skandal«. Notwendig seien Innovationen in Produktionssysteme und nachhaltigen landwirtschaftlichen Anbau, in Beratung, Bildung – insbesondere von Frauen – und bessere soziale Sicherungsmaßnahmen. Politiker:innen dürften nicht dazu übergehen, den Entwicklungsetat zu kürzen, wie es die Haushaltsentwürfe der deutschen Regierung seit 2022 vorschlagen. In einer Zeit, in der mehr globale Solidarität benötigt würde, dürfe man nicht die Instrumente dafür schwächen. Wenn man gewaltsam ausgetragenen Konflikten präventiv begegnen wolle, müsse man die Absurdität der Ressourcenverteilung zwischen Aufwendungen für Rüstung und Aufwendungen für menschliche Entwicklung wieder und wieder thematisieren. Dies zu tun, sei Aufgabe der Kirchen. Jeder Mensch verdiene Schutz vor brutaler Gewalt, aber auch »den Schutz seines Lebens durch die notwendigen Mittel zur Erfüllung seiner Grundbedürfnisse [...], um so ein Leben in Würde führen zu können«⁴³.

Es gibt also gute Gründe, die in der EKD-Denkschrift enthaltenen Aussagen zur Umsetzung von »Menschlicher Entwicklung« und »Menschlicher Sicherheit«⁴⁴ noch stärker zu unterfüttern. Dazu werden im folgenden Abschnitt

42 Ebd.

43 Ebd.

44 EKD, *Aus Gottes Frieden leben*, 115–123.

einige Thesen formuliert. Abschnitt 3.2 widmet sich den Anforderungen an Rüstungskontrolle und Abrüstung.

»Menschliche Entwicklung« und »menschliche Sicherheit«: zwei Seiten einer Medaille

These 1: »Menschliche Entwicklung« braucht eine nachhaltige Außenpolitik zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs)

Sicherheit ist nach der UN-Definition nicht nur als Sicherheit des Staates und Schutz seines Territoriums vor Angriffen anderer Staaten oder Individuen zu verstehen, sondern als Schutz vor Gewalt für Individuen, Achtung der Menschenrechte, »good governance« sowie Zugang zu Bildung und Gesundheit. »Menschliche Sicherheit« umfasst zudem die Garantie, dass jede Person die Freiheit und Möglichkeit erhält, ihr Potential zu entfalten. Daher ist das Konzept untrennbar mit »menschlicher Entwicklung« verbunden. Beide betonen das Wohlergehen und die Würde des Menschen. Sie wurden im UN-Kontext stetig weiterentwickelt und in den Entwicklungszielen der Agenda 2030 (SDGs) konkretisiert.⁴⁵ Nun steht die sogenannte Halbzeitbilanz der SDGs bevor und die Bilanz ist ernüchternd. Nach anfänglichen Fortschritten war der globale Erfüllungsgrad 2019 bei rund 66 % angelangt, seitdem ist Stagnation und 2021 sogar ein Rückschritt zu verzeichnen. Das gilt insbesondere für die ärmsten Staaten.⁴⁶ Kein Land der Welt hat die Ziele »gesunde Ernährung« und »Gesundheit für alle« bis heute erfüllt. Fortschritte bei ökologischen, wie sozialen und ökonomischen Indikatoren drohen zunichte gemacht zu werden.

Klaus Seitz, damals Leiter der Politikabteilung bei *Brot für die Welt*, wies beim ökumenischen Neujahrsempfang im Januar 2023 auf diese Probleme hin⁴⁷: Global gesehen werde bis 2030 vermutlich keines der Entwicklungsziele vollständig erreicht. Wichtig ist sein Befund, dass die aktuellen Entwicklungskrisen und auch die Verteuerung der Nahrungsmittel durch den Ukraine-Krieg deutlich verschärft, aber nicht verursacht wurden. Die Hungerzahlen steigen nämlich schon seit 2014 wieder. Die globale Ernährungskrise habe

45 <https://unric.org/de/17ziele/>

46 Der von UNDP (2022) herausgegebene *Human Development Report* verzeichnete 2021 zum zweiten Mal in Folge einen Rückgang. Die globale Entwicklung wurde demnach um fünf Jahre zurückgeworfen; die Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine auf die Weltkonjunktur, Energiepreise und Ernährung sind darin noch nicht berücksichtigt.

47 Seitz, Steht die Entwicklungspolitik vor einer »Zeitenwende«?; Seitz, Braucht die Entwicklungspolitik eine Zeitenwende?

»systemische Ursachen«, die durch »kurzschlüssige Krisenreaktionen« (z.B. die Ankurbelung der Weizenproduktion auf Kosten des Boden- und Naturschutzes) vernebelt würden. Man müsse zur Kenntnis nehmen, »dass eine wirtschaftliche Entwicklung, die auf Expansion setzt und dafür die Ausbeutung von Mensch und Natur in Kauf nimmt, an ihr Ende gekommen ist.« Wenn man den Appell »leave no one behind« ernst nehme, müsse man nachhaltige Entwicklung »als inklusives und solidarisches Projekt« gestalten.

Hier kommen wir zum schmerzhaften Punkt, denn die Idee, »es wäre möglich, die Lebenslage der Armen zu verbessern, ohne die Lebenslage der Reichen zu tangieren«, erweise sich als Illusion, meint Seitz: »Im Angesicht der planetarischen Grenzen wird Armutsminderung mit Reichtumsminderung einhergehen müssen.«⁴⁸ Sozialpolitische Maßnahmen zur Absicherung existenzieller Lebenskrisen besonders verletzlicher Bevölkerungsgruppen seien wichtig, reichten aber nicht aus. Es brauche »ein weltgesellschaftliches Solidarsystem«, das auch sozialen Ausgleich und Umverteilung umfasst.⁴⁹ Der »maßlose, überhöhte ökologische Fußabdruck der Wohlhabenden« sei ein wesentlicher Faktor dafür, dass die SDGs in weite Ferne gerückt sind.

»Durch Treibhausgasbelastungen unserer Handelsbeziehungen, durch Waffenexporte und durch Steuervermeidungspraktiken von Unternehmen, Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten erzeugen wir spill overs [Übertragungseffekte], die die SDGs-Umsetzung in ärmeren Ländern untergraben.«⁵⁰

Um solch kontraproduktive Entwicklungen zu korrigieren, fordert Seitz »eine umfassende Nachhaltigkeits-Außenpolitik, die die internationale Verträglich-

48 Ebd.

49 Der Trend geht aktuell allerdings in eine andere Richtung. Nach dem jüngsten Ungleichheitsbericht (*World Inequality Lab 2022*, <https://wir2022.wid.world/>) hat sich die Situation weltweit deutlich verschärft. Der »Gap« zwischen dem Einkommen der 10 % der Reichsten gegenüber dem Einkommen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung hat sich nach diesen Berechnungen in den vergangenen beiden Dekaden fast verdoppelt. Gleichzeitig sind diese 10 % der Reichsten auch für mehr als die Hälfte der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich.

50 Deutschland liegt im Ranking der SDG-Umsetzung auf dem sechsten Platz, rangiert bei der Bemessung der negativen »spill overs« allerdings unter den 15 schlechtesten Staaten der Welt.

keit der von Deutschland ausgehenden Außenwirkungen im Licht der SDGs gewährleistet.«⁵¹

These 2: Nur durch die Neugestaltung der Beziehungen mit dem Globalen Süden kann der Westen international Glaubwürdigkeit herstellen

Um dem Leitbild des »gerechten Frieden« zu entsprechen und Glaubwürdigkeit zu beanspruchen, ist es mit caritativen, humanitären und entwicklungspolitischen Maßnahmen allein nicht getan, sondern das Verhältnis zu den Ländern des Globalen Südens muss völlig neu entwickelt werden. Dafür braucht es wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz in den Industrieländern, Anpassung an Klimafolgen in besonders von der Krise betroffenen Ländern und Kompensationen für klimabedingte Schäden sowie resiliente Strukturen in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt. Zudem ist eine Reform des internationalen Handels- und Finanzsystems erforderlich,⁵² denn es geht um die Entwicklung gleichberechtigter Partnerschaften.

Im Zuge des russischen Angriffs gegen die Ukraine wurden die westlichen Länder mit einem gewaltigen Glaubwürdigkeitsdefizit konfrontiert. Auch wenn die Mehrzahl der UN-Mitgliedstaaten (141 von 193) in der UN-Vollversammlung im März 2022⁵³ den Krieg gegen die Ukraine verurteilt haben, beziehen zahlreiche Staatenvertreter:innen dazu nicht eindeutig Stellung und einige signalisieren sogar Verständnis. Die Herausforderung besteht darin, die Länder des Globalen Südens, die teilweise massiv unter den Kriegsfolgen leiden, und vor allem die BRICS-Staaten (dazu gehören neben Russland Brasilien, Indien, Südafrika und China), davon zu überzeugen, dass die Verantwortung für den Krieg allein bei Russland liegt. Man muss sie ins Boot holen, um das russische Regime unter Druck zu setzen. Jedoch gestaltet sich das nicht einfach.

Herbert Wulf, ehemaliger Leiter des *Bonn International Centre for Conflict Studies*, erläuterte die Gründe für die Zurückhaltung der BRICS-Staaten bei der Verurteilung des Angriffskriegs: Als die Mehrzahl der Staaten in der UN-Vollversammlung im März 2022 den Angriffskrieg verurteilte, stimmte von den BRICS-Staaten nur Brasilien zu. China, Indien und Südafrika enthielten sich.

51 Ebd.

52 Vgl. <https://www.brot-fuer-die-welt.de/pressemeldung/weniger-schulden-mehr-klimagerechtigkeit/>

53 <https://www.un.org/depts/german/gv-notsondert/a-es11-1.pdf>

Ziel der westlichen Länder war es, Russland international zu isolieren und durch möglichst umfassende Sanktionen wirtschaftlich zu treffen. »Eine nicht beabsichtigte Folge dieser Sanktionen waren jedoch gravierende Störungen des internationalen Handels. Diese Disruptionen wurden noch verstärkt, weil – wie die G7 erkennen mussten – durch enge Handelsverflechtungen Abhängigkeiten entstanden waren.«⁵⁴ Den meisten Regierungen im Globalen Süden seien die eigenen wirtschaftlichen Interessen wichtiger, als den Boykott Russlands zu unterstützen, meint Wulf. Zudem hätten sich durch den aktuellen Krieg Spannungen zwischen dem Globalen Süden und dem Westen unter Führung der USA weiter verstärkt. Zahlreiche Länder würden mit der Philosophie der BRICS sympathisieren, ein Gegengewicht zur *Gruppe der Sieben* (G7) zu schaffen.

»Wladimir Putins Mantra gegen eine unipolare Welt, in der die USA das Sagen haben, wird im globalen Süden weitgehend geteilt. Für sie ist die Zeit des ›globalen Polizisten‹ vorbei. Hinzu kommen Erinnerungen an die Kolonialzeit, unter denen viele Länder des globalen Südens bis heute leiden. Sie fühlen sich auch heute noch häufig bevormundet.«

Auch »das liberale Narrativ von Demokratie und Menschenrechten, das von westlich-liberalen Regierungen oftmals lehrmeisterhaft vorgetragen wird«, stoße zunehmend auf Abwehr.⁵⁵

Tatsächlich fordern die BRICS-Mitglieder und zahlreiche weitere Länder des globalen Südens inzwischen ein größeres Mitspracherecht in der UNO, im Internationalen Währungsfonds, in der Weltbank und der Welthandelsorganisation. Die BRICS-Allianz sei ein »anti-hegemoniales Projekt«, das die Vormachtstellung der USA und die weltwirtschaftliche Dominanz des US-Dollars brechen wolle, und sei zugleich »geopolitisch« auf wirtschaftliche und militärische Stärke gerichtet. 19 weitere Länder des globalen Südens haben Interesse an einem Beitritt signalisiert. Das verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedsländer der EU überzeugende Angebote zur Kooperation in Entwicklungsprojekten, zum Ausbau von Infrastruktur und im Bereich der Energie machen und dass sie diese auf Augenhöhe gestalten müssen.

54 Wulf, Kampfansage an den Westen.

55 Ebd.

These 3: Zur Umsetzung »menschlicher Entwicklung« und »menschlicher Sicherheit« gehört der Ausbau von Instrumenten für zivile Konfliktbearbeitung

Um die Konzepte »menschliche Sicherheit« und »menschliche Entwicklung« friedensethisch weiterzuentwickeln und politisch strategiefähig zu machen, sollte man neben dem Krieg gegen die Ukraine auch das globale Konfliktgeschehen in den Blick nehmen. Es gibt heute mehr bewaffnete Konflikte als je zuvor seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Nach UN-Berichten lebt ein Viertel der Menschheit in Kontexten, die von Gewaltkonflikten geprägt sind. Schon vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine waren 274 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Folgen der Covid-Pandemie und des Ukraine-Kriegs sowie die Preissteigerungen für Nahrung, Düngemittel und Energie verschlechtern vielerorts die soziale Lage. Dürreperioden und die Klimakrise könnten weitere Krisen generieren und Konflikte verschärfen. Lang andauernde Kriege, z.B. in Syrien und im Jemen, sind in der öffentlichen Wahrnehmung inzwischen in den Hintergrund gerückt. Nach Erkenntnissen der Friedensforschung wird das weltweite Konfliktgeschehen aber weiterhin maßgeblich von innerstaatlichen Auseinandersetzungen und dschihadistischer Gewalt geprägt und nicht von zwischenstaatlichen Kriegen.⁵⁶

Für den Umgang mit diesen sicherheits- und friedenspolitischen Herausforderungen braucht es vorbeugende Maßnahmen, also Diplomatie, Mediation, die Unterstützung von Dialogforen und lokalen Institutionen der Konfliktregelung und die Förderung von Institutionen gewaltfreier Streitbeilegung. Parallel zur Aufstockung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe braucht es substanzielle Investitionen in den Ausbau von Instrumenten für Krisenprävention und Friedensförderung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Die Vollversammlung des *Weltkirchenrats* im November 2022 hat das erkannt und rief die internationale Gemeinschaft »zu erheblich höherer finanzieller und praktischer Unterstützung von Friedenskonsolidierung und Friedensstiftung« auf; sie betonte dabei »die wichtige Rolle von Frauen und jungen Menschen als Friedensstifterinnen und Friedensstifter sowie die Bedeutung der gewaltfreien Konflikttransformation.«⁵⁷ Auch die

56 Siehe das Friedensgutachten 2022: <https://www.friedensgutachten.de/archiv>. Inzwischen ist das Friedensgutachten 2023 erschienen: <https://www.friedensgutachten.de/2023/ausgabe>

57 ÖRK, Was zum Frieden dient.

EKD-Denkschrift enthält viele Hinweise zur Förderung ziviler Konfliktbearbeitung.⁵⁸ In dem Bereich wurde in der vergangenen Dekade schon viel entwickelt, aber er ist unterfinanziert und muss finanziell wie personell noch viel systematischer gestärkt werden. Nur so können die Selbstverpflichtungen aus den Leitlinien der Bundesregierung *Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern* (2017) überzeugend umgesetzt werden.⁵⁹ Und last but not least besteht eine wichtige Aufgabe darin, erfolgreiche Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung in Politik und Gesellschaft besser zu illustrieren.

Perspektiven für Sicherheit und Frieden in Europa und für Rüstungskontrolle entwickeln

In medialen Talkrunden hörte man seit dem 24.2.2022 wiederholt die These, das Verhältnis zu Russland könne nur noch in Konfrontation und militärischer Abschreckung gedacht werden. Tatsächlich ist der aktuelle Krieg Ausdruck vom imperialen Bestreben, Macht- und Einflusszonen in der Welt zu erweitern und neu auszurichten. Aber es gibt in der Friedens- und Konfliktforschung Erkenntnisse, wie die Welt auch in einer Blockkonfrontation und trotz massiver Verfeindung vor Eskalation bewahrt und wie Kommunikation über scheinbar unüberwindbare Gräben hinweg etabliert werden kann. Diese Erfahrungen sollten nicht leichtfertig über Bord geworfen werden. Auch wenn eine europäische Friedensordnung jetzt in weiter Ferne liegt, sollte man sich um eine Sicherheitspolitik bemühen, die auf die Begrenzung von Rüstungspotentialen statt auf deren ungebremsten Ausbau setzt.

These 1: Ein Dialog über gesamteuropäische Sicherheit ist erforderlich

Einige Analyst:innen plädieren daher dafür, schon jetzt einen breiteren Dialog über die europäische Sicherheit zu beginnen. Samuel Charap meint, nur so könne man einer vergleichbaren Krise in der Zukunft vorbeugen. Auch Friedensforscher:innen weisen darauf hin, dass man vorausschauend planen müsse: »Es braucht Strategien, wie Europa aus dem Krieg zurück in eine Friedensordnung findet«, lautete eine Empfehlung im Friedensgutachten 2022. Die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) bietet dafür Anknüpfungsmöglichkeiten. Sie wurde durch den Angriffskrieg schwer

58 EKD, Aus Gottes Frieden leben, 108–115.

59 <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/1213498/d98437ca3ba49coec6a461570f56211f/krisen-verhindern-data.pdf>

beschädigt; sie sei aber nicht tot, betonen Expert:innen, die deren Arbeit über Jahre begleiteten.⁶⁰ Sie empfehlen, ihre Strukturen und Foren für sicherheitspolitische Absprachen und Rüstungskontrollvereinbarungen zu erhalten und weiter zu entwickeln. Die OSZE ist die einzige Organisation, die alle Staaten von Vancouver bis Wladiwostok versammelt, und sie bleibt eine wichtige Plattform des Dialogs, unter anderem für den Südkaukasus, für die Zusammenarbeit mit Armenien und Aserbaidschan und mit den zentralasiatischen Staaten. Zu den Mitgliedern gehören Nachbarstaaten Chinas und Russlands, die mithelfen können, die abgebrochenen direkten Kontakte nach Russland auszugleichen. Zudem kann die Organisation daran mitwirken, im Berg-Karabach-Konflikt und an der Grenze zwischen Tadschikistan und Kirgisistan Schaden zu begrenzen (so Simon Weiß). Auch mit der Einbindung von Zivilgesellschaft in Sicherheitsordnungen, Krisenvorbeugung und Mechanismen der Konfliktbearbeitung hat die OSZE reichhaltige Erfahrung. Daher kann sie auch Aussöhnungsprozesse in Nachkriegsgesellschaften unterstützen. Man muss sie reformieren und ihre zukünftige Rolle neu verhandeln. Dafür ist tatsächlich eine Neuauflage des Helsinki-Prozesses erforderlich.⁶¹ Und es braucht die grundsätzliche Bereitschaft, auch mit autokratischen Staaten zusammenzuarbeiten – zu den Themen, die alle angehen. Dazu gehört neben der Bewältigung der Klimakrise – da ist die OSZE ebenfalls aktiv – auch die Begrenzung von Rüstungspotentialen (Friesendorf).

These 2: Man muss Perspektiven für Rüstungskontrolle und Abrüstung eröffnen

Mit dem Krieg gegen die Ukraine könnten die Beziehungen zwischen den USA und Russland in eine noch schärfere Konfrontation geraten, als dies zum Höhepunkt des Kalten Krieges gegeben war. Angesichts der Aufstockung der NATO-Potentiale an der Ostflanke werde die russische Führung in der Abschreckungsdoktrin noch stärker auf taktische Atomwaffen setzen, meint Brigadegeneral a.D. Helmut Ganser.⁶² Deutschland und Europa müssten im eigenen Interesse eine stabile Koexistenz mit Russland wahren, die nicht nur auf Abschreckung, sondern auch auf eine »zumindest rudimentäre Rüstungskontrolle« setzt. Deshalb sollte man sich nicht nur mit der NATO, sondern auch

60 Zellner, Eine Drei-Jahres-Strategie für die OSZE; Weiß, Ohne OSZE wird es nicht gehen; Friesendorf, Midlife-Crisis.

61 Vgl. Wulf, Escalation.

62 Ganser, Debatte um deutsche Waffenlieferungen.

mit dem Aufbau zusätzlicher Strukturen befassen, die Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle ermöglichen.

Es braucht dringend eine Erneuerung des *Open Skies*-Abkommens über die Nutzung des Luftraums⁶³ und vertrauensbildende Maßnahmen (z.B. Manöverbeobachtung, den Aufbau von Mechanismen zum Umgang mit Krisen und die Überwindung von Feindbildern). Im konventionellen Bereich könnte man einen neuen *KSE-Vertrag* ausarbeiten, der Bestände begrenzt und sich am Prinzip »struktureller Nichtangriffsfähigkeit« orientiert.⁶⁴ Darüber hinaus braucht es auch auf globaler Ebene dringend neue Initiativen: Neuverhandlungen über die strategischen nuklearen Potentiale (*New START*), ein neues Abkommen über Mittelstreckenwaffen (*Intermediate Range Nuclear Forces Treaty*, INF) und Vereinbarungen, um den Ersteinsatz dieser Waffen auszuschließen. Auch in der Weltraumrüstung und bei den autonomen Waffen sind Regulierung und Verbotsregeln erforderlich, um einem ungebremsen Rüstungswettlauf vorzubeugen. Die russischen Drohungen mit dem Einsatz solcher Waffen im Krieg gegen die Ukraine haben nochmals die Bedeutung des *Atomwaffenverbotsvertrags* (AVV)⁶⁵ verdeutlicht, der von der UN-Generalversammlung 2017 mit großer Mehrheit angenommen, jedoch von den atomwaffenbesitzenden Staaten bislang nicht unterzeichnet wurde. Das erhöht nicht die Glaubwürdigkeit gegenüber dem Globalen Süden. Ein aktives Engagement für Rüstungskontrolle und Abrüstung wäre für viele Länder des Globalen Südens, die man für eine multilaterale Politik gewinnen möchte, vermutlich ein überzeugenderes Signal.

Zusammenfassung und Ausblick

Der Beitrag sollte zeigen, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine Menschen mit grundlegenden friedensethischen Dilemmata und Zielkonflikten konfrontiert. Die Friedensdenkschrift der EKD bietet Orientierung, um

63 Vertrag über den Offenen Himmel (*Open Skies*): <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/sicherheitspolitik/abruestung-ruestungskontrolle/uebersicht-konvalles-node/openskies-node>

64 Schäfer, Der Krieg in der Ukraine.

65 *Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons*, siehe: Fischer, UN-Mitgliedstaaten beschließen Atomwaffenverbotsvertrag.

diese qualifiziert zu diskutieren. Angesichts der tiefgreifenden globalen Folgen des Kriegs und der sich zuspitzenden planetaren Krisen bedarf es jedoch einer konzeptionellen Weiterentwicklung der friedensethischen Grundlagen in Bezug auf »menschliche Sicherheit« sowie »menschliche Entwicklung« und auch im Hinblick auf die europäischen Sicherheitsstrukturen und die Begrenzung von Rüstungspotentialen. Zum einen muss überlegt werden, wie das UN-System für die Vorbeugung und Deeskalation zwischenstaatlicher Kriege und innerstaatlicher Gewaltkonflikte gestärkt werden kann. Zum anderen muss man den Blick über den aktuellen Krieg in Europa hinaus auf das internationale Krisengeschehen lenken und Politik auf die Beseitigung von Kriegsursachen und Prävention von Gewaltkonflikten ausrichten. Die Denkfigur eines »Völkerrechts der Solidarität«⁶⁶, das die gemeinsame Bearbeitung globaler Probleme ermöglicht, sollte auch in der Weiterentwicklung friedensethischer Grundlagen Berücksichtigung finden. Für die Frage, wie dies ausgestaltet werden könnte, liefert die neue *Agenda für den Frieden*, für die UN-Generalsekretär Guterres kürzlich einen Entwurf vorlegte, wichtige Anhaltspunkte.⁶⁷

Eine glaubwürdige Politik gegenüber den Ländern des Globalen Südens muss *zum ersten* die Umsetzung der Klimaziele und der nachhaltigen Entwicklungsziele ganz oben auf die Agenda setzen, *zum zweiten* die Ursachen von Gewaltkonflikten in den Blick nehmen und *zum dritten* die Instrumente für die Vorbeugung und Friedensförderung konsequent ausbauen. Dafür werden erhebliche finanzielle Ressourcen benötigt, die nicht in einer Aufrüstungsspirale gebunden werden dürfen. Eine Neugestaltung der Außenwirtschaftspolitik und des internationalen Handels- und Finanzsystems sowie mehr Mitspracherechte in internationalen Foren wären nötig, um die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und dem nicht begünstigten Teil der Welt neu zu gestalten. Auch die historischen und aktuellen Anteile der deutschen und europäischen Politik an der Entstehung von Unsicherheit und Unfrieden in anderen Teilen der Welt sollten selbstkritisch reflektiert werden. Nur so können die Konzepte »menschliche Entwicklung« und »menschliche Sicherheit« glaubwürdig und politisch strategiefähig gemacht werden. Eine weitere Herausforderung besteht darin, das Konzept der »kooperativen Sicherheit« neu zu akzentuieren. Anstrengungen für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und

66 Siehe: Heintze, Optionen eines Verhandlungsfriedens.

67 Guterres, A New Agenda for Peace.

Abrüstung gehören zusammen. Die Klimakrise und die nukleare Gefahr bilden derzeit die größte Bedrohung für die Menschheit. Beides kann nur durch Kooperation des Westens mit Russland, China und den Ländern des Globalen Südens begrenzt werden.

In allen genannten Politikbereichen braucht es eine intensivere Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Die EKD-Denkschrift⁶⁸ hat verdeutlicht, dass zivilgesellschaftliche Akteur:innen für die Schaffung eines »gerechten Friedens« unabdingbar sind. Sie müssen bei der Konzeption von außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Maßnahmen noch stärker konsultiert und global noch viel gezielter gefördert werden. Die Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Akteur:innen werden aktuell nicht nur in Autokratien, sondern auch in Ländern, die in der westlichen Wahrnehmung als demokratisch gelten, mehr und mehr eingeschränkt.⁶⁹ Die Spielräume gilt es zu erhalten und zu erweitern, denn NGOs können wichtige »watch-dog«-Funktionen einnehmen und Veränderung bewirken. Zudem ist zivilgesellschaftliches Engagement für die Früherkennung von Krisen und auch in eskalierten Gewaltkonflikten von Bedeutung. NGOs sind wichtig für die humanitäre Versorgung und können helfen, die Kommunikation über verfeindete Lager hinweg aufrechtzuerhalten. Auch in heißen Konfliktphasen gilt es Initiativen zu unterstützen, die »friedenslogisches Handeln« ermöglichen,⁷⁰ und die Grauzone zwischen Krieg und Frieden auszuloten.⁷¹ Und last but not least können zivilgesellschaftliche Akteur:innen nach Waffenstillständen Friedensprozesse aktiv mitgestalten und so die Voraussetzungen für Aussöhnung verbessern.

Politiker:innen müssen zivilgesellschaftliche Akteur:innen daher noch viel konsequenter in die internationale Krisenbewältigung einbinden. Die Kirchen, deren Entwicklungswerke, Friedensdienste und ökumenische Initiativen sind ein wichtiger Teil davon. Sie verfügen über weltweite Partnerschaften und fundierte Kenntnisse in Krisengebieten. Sie können aktiv dazu beitragen, weltweit praktische Friedensarbeit auf lokaler Ebene zu stärken und sich gleichzeitig für Menschen einzusetzen, die vor Repression, Not und

68 EKD, Aus Gottes Frieden leben, 86ff.

69 Darüber informiert regelmäßig der von *Brot für die Welt* und *CIVICUS* (www.civicus.org/#) herausgegebene *Atlas der Zivilgesellschaft*, online unter: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/>

70 Birckenbach, Auch im und trotz Krieg friedenslogisch denken und handeln.

71 Birckenbach, Friedenslogik verstehen.

Gewalt flüchten. Christliche Solidarität muss für alle gelten, die aus einem Kriegsgebiet fliehen, sei es, weil sie versehrt sind oder weil sie vertrieben werden oder weil sie aus Überzeugung den Dienst an der Waffe verweigern.

Literatur

- Bedford-Strohm, Heinrich, Gerechter Friede und militärische Gewalt, in: Herder Korrespondenz 5/2022, 13–15.
- Birckenbach, Hanne-Margret, Auch im und trotz Krieg friedenslogisch denken und handeln: Fünf zivilgesellschaftliche Arbeitsfelder. Rede anlässlich der Verleihung des Göttinger Friedenspreises am 11.3.2023, https://www.goettinger-friedenspreis.de/wp-content/uploads/2023/03/Birckenbach_Redetext_Final.pdf
- Birckenbach, Hanne-Margret, Friedenslogik verstehen, Frankfurt a.M. 2023.
- Brahms, Renke, Christliche Friedensethik im Angesicht kriegerischer Auseinandersetzungen. Vortrag Synode der Evangelischen Kirche in der Pfalz, 20.5.2022 (unveröffentlichtes Redemanuskript).
- Charap, Samuel, An Unwinnable War. Washington Needs an Endgame in Ukraine, in: Foreign Affairs Online, 5.6.2023, <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/unwinnable-war-washington-endgame>
- Charap, Samuel/Priebe, Miranda, Avoiding a Long War. U.S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict, RAND Corporation, Santa Monica, 2023, https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/perspectives/PEA2500/PEA2510-1/RAND_PEA2510-1.pdf
- Debiel, Tobias/Wulf, Herbert, Eskalation und Deeskalation im Ukraine-Krieg, INEF-Blog, 14.3.2022, <https://www.uni-due.de/inef/blog/eskalation-und-deeskalation-im-ukraine-krieg.php>
- Fastenrath, Ulrich, Wo bleiben die Vereinten Nationen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.2.2023, <https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/wo-bleiben-die-vereinten-nationen-18663816.html?service=printPreview>
- Fischer, Martina, UN-Mitgliedstaaten beschließen Atomwaffenverbotsvertrag, Blogbeitrag, Brot für die Welt, Berlin, 7.7.2017, <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2017-un-mitgliedstaaten-beschliessen-atomwaffenverbot/>
- Fischer, Martina, Wie kann man den Krieg deeskalieren und beenden?, in: Deutschland Archiv, Bundeszentrale für Politische Bildung, Ber-

- [www.tagesspiegel.de/internationales/raus-aus-der-schockstarre-ein-moglicher-weg-zum-frieden-in-der-ukraine-9471989.html](http://tagesspiegel.de/internationales/raus-aus-der-schockstarre-ein-moglicher-weg-zum-frieden-in-der-ukraine-9471989.html)
- Kramer, Friedrich, Bericht über die Friedensarbeit in der EKD, EKD-Drucksache Vic/1, 3. Tagung der 13. Synode, 6.-9.11.2022, <https://www.ekd.de/bericht-ueber-die-friedensarbeit-in-der-ekd-muendlich-76079.htm>
- Kurschus, Annette, Was liegt jenseits von Eden? Androhung und Ausübung von Gewalt sind aus Sicht des christlichen Glaubens nicht illegitim. Aber sie sind strikt an die Aufgabe gebunden, für Recht und Frieden zu sorgen. Gastbeitrag in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.6.2022, <https://www.faz.net/-gpf-arlt7>
- Kurschus, Annette, »Ostern ist Widerstand und Widerspruch«, in: Deutschlandfunk, 9.4.2023, <https://www.deutschlandfunk.de/interview-kurschus-ostern-glaube-ukraine-100.html>.
- Marx, Reinhard Kardinal, Interview der Woche zur Friedensbotschaft und Ostern, Bayerischer Rundfunk, 8.4.2023, <https://www.br.de/mediathek/podcast/br24-thema-des-tages/interview-der-woche-mit-kardinal-reinhard-marx-zur-friedensbotschaft-an-ostern/1966938>
- Richard, Héléne, Ukraine: Was wollen die USA?, in: Le Monde diplomatique, 12.1.2023, Ukraine: Was wollen die USA? (monde-diplomatique.de)
- Rudolf, Peter, Anmerkungen zu den Szenarien einer Kriegsbeendigung in den Kategorien von Sieg und Niederlage, in: Werkner/Mayer/Krüger (Hg.), Wege aus dem Krieg in der Ukraine, 29–35.
- Schäfer, Paul, Der Krieg in der Ukraine. Acht Thesen über Moral und linke Politik, <http://www.paulschaefer.info/PDFs/Paul-Schaefer--Krieg-in-Ukraine--8-Thesen-zur-Linken.pdf>
- Schwan, Gesine, Mehr als Aufrüstung, in: Süddeutsche Zeitung, 17.7.2022, Die Lehren des Ukraine-Kriegs: Gastbeitrag von Gesine Schwan – Kultur – SZ.de (sueddeutsche.de).
- Schwan, Gesine, Ein Weg zum Frieden, in: Karenina. Petersburger Dialoge Online, 27.2.2023, Ein Weg zum Frieden | Karenina.de
- Seitz, Klaus, Steht die Entwicklungspolitik vor einer »Zeitenwende«? EZ zwischen alten Gewissheiten, multiplen Krisen und neuen Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung. Rede beim Ökumenischen Neujahrsempfang von Brot für die Welt und Misereor, 16.1.2023, Bonn, Manuskript, veröffentlicht im Intranet von Brot für die Welt.
- Seitz, Klaus, Braucht die Entwicklungspolitik eine Zeitenwende, in: Welt-Sichten, 26.1.2023, <https://www.welt-sichten.org/artikel/41028/braucht-die-entwicklungspolitik-eine-zeitenwende>

- Weiß, Simon, Ohne OSZE wird es nicht gehen. Zustand, Perzeptionen und Zukunft europäischer Sicherheit, in: *Wissenschaft & Frieden* 1/2023, 14–17, <https://wissenschaft-und-frieden.de/ausgabe/2023-1-jenseits-der-eskalation/>
- Werkner, Ines-Jacqueline/Mayer, Lotta/Krüger, Madlen (Hg.), *Wege aus dem Krieg in der Ukraine*, Heidelberg 2022.
- Wulf, Herbert, Escalation, De-escalation and Perhaps – Eventually an End to the War? Policy Brief No. 128, Toda Peace Institute, Tokio April 2022, <https://toda.org/policy-briefs-and-resources/policy-briefs/escalation-de-escalation-and-perhaps-eventually-an-end-to-the-war.html>
- Wulf, Herbert, Kampfansage an den Westen. Die BRICS-Staaten zielen auf ein Ende der bestehenden Weltordnung, *IPG-Journal*, 12.6.2023, https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/kampfansage-an-den-westen-6766/?utm_campaign=de_40_20230613&utm_medium=email&utm_source=newsletter
- ZEIT online.de, »Käßmann spricht sich für Waffenstillstand in der Ukraine aus.«, <https://www.zeit.de/news/2023-04/06/kaessmann-spricht-sich-fuer-waffenstillstand-in-der-ukraine-aus>
- Zellner, Wolfgang, Eine Drei-Jahres-Strategie für die OSZE, in: *OSCE Insights* 2022, hg. v. Cornelius Friesendorf, Argyro Kartsonaki, 1–9. DOI: 10.5771/9783748933632-05.
- Zellner, Wolfgang, Can and Should the OSCE Survive?, in: Friesendorf, Cornelius/Stefan Wolff (Hg.), *Russia's War Against Ukraine: Implications for the Future of the OSCE*, Hamburg: IFSH, 2022, 93–96, https://osce-network.net/fileadmin/user_upload/OSCE_Network_Perspectives_2022_20June_final.pdf

Dokumente

- Deutsche Bundesregierung, *Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern*, Berlin, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/1213498/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/krisen-verhindern-data.pdf>
- Evangelische Kirche Deutschlands (EKD), *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD*, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/ekd_friedensdenkschrift.pdf
- Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr (Hg.), *Evangelische Militärseelsorge 2023. Maß des Möglichen. Perspektiven evangelischer Friedens-*

- ethik angesichts des Krieges in der Ukraine, hg. i.A. des evangelischen Militärbischofs, Berlin, Februar 2023.
- Friedensgutachten 2022, hg. v. BICC, HSKF, IFSH, INEF, Bielefeld 2022, <https://www.friedensgutachten.de/user/pages/04.archiv/2022/02.ausgabe/Friedensgutachten%202022%20E-Book.pdf>
- Kirchenkonferenz der EKD 2022, Gewalt beenden, dem Hass entgegentreten, 24.3.2022, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/220324_Stellungnahme_der_Kiko_zum_Krieg_in_der_Ukraine.pdf
- Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK), Was zum Frieden dient: die Welt zu Versöhnung und Einheit bewegen, Erklärung der 11. Vollversammlung des ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) in Karlsruhe, 22.9.2022, <https://www.oikoumene.org/sites/default/files/2023-03/PIC-01.3rev-The-Things-That-Make-For-Peace-DE.pdf>
- Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK), Erklärung »Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa«, <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/war-in-ukraine-peace-and-justice-in-the-european-region>
- Rat der EKD 2022, Bericht des Rates der EKD in Deutschland, Drucksache II, Teil B, 3. Tagung der 13. Synode, 6.-9.11.2022, <https://www.ekd.de/ratsbericht-75414.htm>
- United Nations, UNDP 2022. United Nations Development Report, New York 2022, <https://hdr.undp.org/content/human-development-report-2021-22>
- United Nations, Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, <https://disarmament.unoda.org/wmd/nuclear/tpnw/>
- World Inequality Lab (Hg.), Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2022, Cambridge/Mass., https://wir2022.wid.world/www-site/uploads/2021/12/Summary_WorldInequalityReport2022_German.pdf